

Deutschland verläßt die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund.

Reichstagsneuwahlen am 12. November.

Berlin, 14. Oktober. Angesichts der demütigenden und entehrenden Zumutungen der anderen Mächte auf der Genfer Abrüstungskonferenz hat die Reichsregierung heute beschlossen, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz nicht mehr teilzunehmen. Gleichzeitig wird die Reichsregierung den Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund anmelden.

Um dem deutschen Volke Gelegenheit zu geben, selbst zu den Schicksalsfragen des Vaterlandes Stellung zu nehmen, wird der Deutsche Reichstag durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Oktober aufgelöst und Neuwahlen zum 12. November 1933 anberaumt.

Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk!

Berlin, 14. Oktober. Die Reichsregierung hat an das deutsche Volk folgenden Aufruf gerichtet:

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig, eine Politik des Friedens, der Verantwortung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeder Handlung.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk lehnen immer die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Beilegung bestehender Differenzen innerhalb der bestehenden Staatengemeinschaft ab.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen, mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entsenden, insofern sich die anderen Völker zu gleichem entschließen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsch, mit den anderen Nationen einschließlich unserer früheren Gegner im Sinne der Ueberwindung der Kriegespsychose und zur endlichen Wiederher-

stellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftlos auf dem Wege von Verhandlungen zu prüfen und zu lösen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erklärten sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht des Friedens Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Ehrauffassung, daß die Verwirklichung der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierungen an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschluß, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszusteigen, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorenthalten wird.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind

entschlossen, jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als künftighin Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes christliche Volk unannehmbar sein müßte, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Elends des Verfallenen Vertragszustandes und damit zum Zusammenbruch der fortschrittlichen Staatengemeinschaft führen würden.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen an irgendeinem Rüstungswettlauf anderen Nationen teilzunehmen. Sie fordern nur jenes Maß an Sicherheit, das der Nation Ruhe und Freiheit der wirtschaftlichen Arbeit garantiert.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen auf dem Wege der Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage: Willst du das deutsche Volk die ihm hier vorgeschlagene Politik seiner Reichsregierung und ist es bereit, diese als den Ausdruck einer eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr zu bekennen?

Der Führer an das deutsche Volk!

Berlin, 14. Oktober. Der Aufruf des Kanzlers und Führers an das deutsche Volk hat folgenden Wortlaut:

Erfüllt von dem aufrichtigen Wunsche, das Werk des friedlichen inneren Wiederaufbaues unseres Volkes, seines politischen und wirtschaftlichen Lebens durchzuführen, haben sich ehemals deutsche Regierungen im Vertrauen auf die Zustimmung einer würdigen Gleichberechtigung bereit erklärt, in den Völkerbund einzutreten und an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Deutschland wurde dabei bitter enttäuscht.

Trotz unserer Bereitwilligkeit, die schon vollzogene deutsche Abrüstung, wenn nötig, jederzeit bis zur letzten Konsequenz fortzuführen, konnten sich andere Regierungen nicht zur Einlösung der von ihnen im Friedensvertrag unterschriebenen Zusicherungen entschließen. Durch die bewusste Verweigerung einer wirklichen moralischen und sachlichen Gleichberechtigung Deutschlands wurden das deutsche Volk und seine Regierungen immer wieder auf das schwerste gedemütigt. Nachdem sich die Reichsregierung nach der am 11. Dezember 1932 ausdrücklich festgelegten deutschen Gleichberechtigung neuerdings bereit erklärt hatte, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, wurde nunmehr durch die offiziellen Vertreter der anderen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen an den Reichsaussenminister und unsere Delegierten mitgeteilt, daß dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberechtigung nicht mehr zugestimmt werden könnte.

Da die deutsche Reichsregierung in diesem Vorgehen eine ebenso ungerechte wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volkes erblickt, sieht sie sich außerstande, unter solchen Umständen als rechtlöse und zweifelhafte Nation noch weiterhin an Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten.

Indem die Reichsregierung daher erneut ihren unerschütterlichen Friedenswillen bekundet, erklärt sie angesichts dieser demütigenden und entehrenden Zumutungen, zu ihrem tiefsten Bedauern die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen.

Sie muß deshalb ihren Austritt aus dem Völkerbund anmelden.

Sie legt diese ihre Entscheidung, verbunden mit einem neuen Bekenntnis zu der Politik aufrichtiger Friedensliebe und Verständnisbereitschaft, dem deutschen Volke zur Stellungnahme vor und erwartet von ihm eine Befundung gleicher Friedensliebe und Friedensbereitschaft, aber auch gleicher Ehrauffassung und gleicher Entschlossenheit.

Ich habe daher als Kanzler des Deutschen Reiches dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, als sichtbaren Ausdruck des einmütigen Willens von Regierung und Volk diese Politik der Reichsregierung der Nation zur Volksabstimmung vorzulegen, den Deutschen Reichstag aufzulösen, um dem deutschen Volke dadurch die Gelegenheit zu bieten, jene Abgeordneten zu wählen, die als geschworene Repräsentanten dieser Politik des Friedens und der Ehrenhaftig-

keit dem Volke die Garantie einer unentwegten Vertretung seiner Interessen in diesem Sinne zu geben vermögen.

Als Kanzler des deutschen Volkes und Führer der nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter sein Bekenntnis und seinen Entschluß tritt, die ebenso sehr der Liebe zu unserem Volk und der Achtung vor seiner Ehre entspringen wie auch der Ueberzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der edleren Auffassung berechtigten Lebensrechts aller.

Auflösung der Volksvertretungen der Länder.

Einstweilen keine Neuwahl.

Berlin, 14. Oktober. Reichsinnenminister Dr. Brüning hat an sämtliche Reichsstatthalter folgendes Telegramm gerichtet: Mit Auflösung des Reichstages wird nach § 11 des 1. Gleichhaltungsgesetzes auch die Volksvertretung aller Länder aufgelöst. Ich ersuche im Austrage des Kanzlers, von Anordnung einer Neuwahl gemäß § 1 Ziffer 2 des Reichsstatthaltergesetzes einstweilen abzuziehen. Wie die Telegraphen-Union hierzu erfährt, hat der Reichsstatthaltergesetze im Sinne dieser Anweisung eine entsprechende Aenderung erfahren.

Deutschlands Aufbäumen gegen Schmach und Knechtschaft.

Der Reichskanzler rechtfertigt den Schritt in Genf.

Berlin, 14. Oktober. Die Rede, die der Reichskanzler am Sonnabendabend im Rundfunk über die Maßnahmen der Reichsregierung hielt, hat folgenden Wortlaut:

„Als im November 1918 in vertrauensvoller Gläubigkeit auf die in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson niedergelegten Zusicherungen das deutsche Volk die Waffen legte, fand ein unheiliges Ringen ein Ende, für das wohl einzelne Staatsmänner, aber sicher nicht die Völker verantwortlich gemacht werden konnten. Das deutsche Volk hat nur deshalb so heldenmütig gekämpft, weil es heilig überzeugt war, zu Unrecht angegriffen und dabei zu Recht im Kampfe zu sein. Von der Größe der Opfer, die es damals, fast nur auf sich allein gestellt, bringen mußte, hatten die anderen Nationen kaum eine Vorstellung. Hätte in diesen Monaten die Welt in fairer Weise dem niedergelegten Gegner die Hand gegeben, so würde vieles Leid und zahlreiche Enttäuschungen der Menschheit erspart geblieben sein.“

Die tiefste Enttäuschung erlitt das deutsche Volk. Noch niemals hat ein Besiegter sich so redlich bemüht, an der Heilung der Wunden seiner Gegner mitzubekommen, wie das deutsche Volk in den langen Jahren der ihm aufgebürdeten Diktate.

Wenn alle diese Opfer zu keiner wirklichen Befriedigung der Völker führen konnten, dann lag es nur am Wesen eines Vertrages, der in dem Versuch der Verewigung der Begriffe Sieger und Besiegte auch Haß und Feindschaft verewigen mußte.

Die Völker hoffen, mit Recht erwarten zu dürfen, daß aus diesem größten Kriege der Weltgeschichte die Lehre gezogen worden wäre, wie wenig besonders für die europäischen Nationen die Größe der Opfer zur Größe des möglichen Gewinnes steht. Als daher in diesem Vertrag dem deutschen Volk die Zerstörung seiner Rüstungen zur Ermöglichung einer allgemeinen Weltabrüstung auferlegt wurde, glaubten unzählige, daß darin nur das Zeichen für das Aufsteigen einer erlösenden Erkenntnis zu sehen wäre.

Das deutsche Volk hat seine Waffen zerstört

Bauend auf die Vertragstreue seiner ehemaligen Kriegesgegner, hat es selbst die Verträge in geradezu fanati-

scher Weise erfüllt. Zu Wasser, zu Lande und in der Luft wurde ein unermessliches Kriegsmaterial abgerüstet, zerstört und verstreut. An Stelle einer einstufigen Millionenarmee trat nach dem Wunsche der Diktatmächte ein kleines Berufsheer mit militärisch gänzlich belangloser Ausrüstung.

Die diplomatische Führung der Nation aber lag zu dieser Zeit in den Händen von Männern, die geistig nur in der Welt der Siegerstaaten wurzelten. Mit Recht konnte das deutsche Volk erwarten, daß schon aus diesem Grunde die übrige Welt ihr Versprechen so einlösen würde, wie das deutsche Volk im Schweiße seiner Arbeit unter tausendfältiger Not und unter unjagbaren Entbehrungen an der Einlösung der eigenen Vertragspflicht tätig war. Kein Krieg kann ein Dauerzustand der Menschheit werden, kein Friede kann die Verewigung des Krieges sein. Einmal müssen Sieger und Besiegte den Weg in die Gemeinschaft des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens wieder finden.

Anderthalb Jahrzehnte lang hat das deutsche Volk gehofft und gewartet, daß das Ende des Krieges endlich auch das Ende des Hasses und der Feindschaft werde.

Aber der Zweck des Friedensvertrages von Versailles schien nicht der zu sein, der Menschheit den endlichen Frieden zu geben, als vielmehr den unendlichen Haß zu erhalten.

Die Folgen konnten nicht ausbleiben. Wenn das Recht endgültig der Gewalt weicht, wird eine dauernde Unsicherheit den Ablauf aller normalen Funktionen im Völkerverleben stören und hemmen. Man hatte bei der Abschließung dieses Vertrages völlig vergessen, daß der Wiederaufbau der Welt nicht durch Sklavenarbeit einer verewiglichen Nation, sondern nur durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller gewährleistet werden kann, daß aber für diese Zusammenarbeit die Ueberwindung der Kriegespsychose die allererste Voraussetzung ist, daß weiter die problematische Frage der Schuld am Kriege geschichtlich nicht dadurch gelöst wird, daß der Sieger den Besiegten als Einleitung eines Friedensvertrages sein Schuldkenntnis unterzeichnet läßt, sondern daß dann die letzte Schuld am Kriege am ehesten noch aus dem Inhalt eines Diktates festzustellen ist. Das deutsche Volk ist zutiefst überzeugt von seiner

Schuldlosigkeit am Kriege. Es mögen die anderen Teilnehmer an diesem tragischen Unglück ohne weiteres die gleiche Ueberzeugung hegen. Um wieviel notwendiger aber ist es dann, sich überall zu bemühen, daß aus einer solchen überzeugten Schuldlosigkeit nicht erst recht eine dauernde Feindschaft für immer wird, und daß die Erinnerungen an diese Katastrophe der Völker zu dem Zwecke nicht auch noch künstlich konserviert werden, daß nicht durch eine unnatürliche Verewigung der Begriffe Sieger und Besiegte eine ewige Rechtsungleichheit entsteht, die die einen mit begreiflichem Hochmut, die anderen aber mit bitterem Groll erfüllt.

Es ist kein Zufall, daß nach einer auf so lange Zeit künstlich hinausgezogenen Irrführung der Menschheit gewisse Folgen in Erscheinung treten müssen. Einem erst zerteilenden Versfall der Wirtschaft folgte ein nicht minder bedrohlicher allgemeiner politischer Versfall. Das hatte der Weltkrieg aber überhaupt für einen Sinn, wenn die Folgen nicht nur für die Besiegten, sondern auch für die Sieger nur in einer endlosen Reihe wirtschaftlicher Katastrophen in Erscheinung traten? Die Wohlfahrt der Völker ist nicht größer und ihr politisches Bild und ihre menschliche Zufriedenheit sind wirklich nicht inniger und tiefer geworden. Erwerbslosenarmeen entwickelten sich zu einem neuen Stand der Gesellschaft, und so, wie wirtschaftlich das Gefüge der Nationen erschüttert wird, beginnt auch ihr gesellschaftliches sich allmählich zu lockern.

Unter diesen Auswirkungen des Friedensvertrages und der dadurch bedingten allgemeinen Unsicherheit hatte er meilten Deutschland zu leiden. Die Zahl der Erwerbslosen stieg auf ein Drittel der normal im Erwerbsleben der Nation stehenden Menschen. Das heißt aber: daß

in Deutschland unter Einrechnung der Familienmitglieder rund 20 Millionen Menschen von 65 Millionen ohne jede Erlöpfung einer aussichtslosen Zukunft entgegenstarrten.

Es war nur eine Frage der Zeit, wann dieses Heer der wirtschaftlich Entbehrten zu einer Armeepolitik und gesellschaftlich der Welt entfremdeter Fanatiker werden mußte. Eines der ältesten Kulturländer der heutigen Welt